

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. für Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. jährlich 18,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postämter, Postträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, die den Betrieb des Blattes unterbrechen, wird die Verantwortung für die Nichterreichung der Bestellungen nicht übernommen. — Abbestellung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wagenpreise: die 8spaltige Raumzelle 20 Pf., die 4spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 120 — 91. Jahrgang Telegr.-Abz.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 25. Mai 1932

Der Abgrund.

Auch in Frankreich smart und sticht das parlamentarische Räderwerk zur Zeit in bedenklicher, politisch geradezu gefährlichster Weise. Das „Interregnum“ zwischen den Neuwahlen und dem Zusammentritt der Deputiertenkammer wird ausgefüllt mit dem Rätselraten um die zukünftige Regierungsbildung und durch ein paar Auserwählten Herrlots, des Wahllegers, über die „Prinzipien“ seiner Außen- und Innenpolitik von morgen. Dieses „Morgen“ aber heißt nicht anders als: die Konferenz von Lausanne.

Und da scheint Herrlot viel mehr Gewicht darauf zu legen, die parlamentarischen Brücken nach der Mitte der Deputiertenkammer und nach der Partei — und den außenpolitischen Tendenzen — Lardieus nicht zerbrechen oder gefährden zu lassen als die zu seinem linken Nachbarn hinüber, der Partei Painlevés und den Sozialisten. Obwohl man ihm von dorthier die Hand zu gemeinsamem Arbeiten in fast orientativer Weise entgegen gestreckt hat, ohne irgendwie übertriebene innenpolitische Forderungen zu stellen! Allerdings hat diese radikale Linie verlangt, daß mit der Abrüstung und mit der Annäherung eines besseren Verhältnisses zu Deutschland endlich Ernst gemacht werde. Aber beides scheint dem künftigen Leiter der französischen Außenpolitik ein unbilliges Verlangen zu sein. Und ob seine sozusagen offizielle Einführung in die außenpolitischen Geschäfte, die ihn beim neuen Staatspräsidenten Lebrun mit Lardieus und dem bisherigen, besonders intrantigen Finanzminister Ribbentrop zusammengebracht hat, dem neuen Mann nicht noch festere Bindungen nach rechts hinüber bringen wird, ist eine Frage, die man zum mindesten bestimmt nicht unbedingt verneinen kann. Man mag Herrlot für das „Hell-Dunkel“ seiner bisherigen außenpolitischen Zeitungsartikel und Interviews zugute halten, daß er erst bei der Konstituierung der Deputiertenkammer in der nächsten Woche genau übersehen kann, wie groß dort seine unmittelbare Gefolgschaft, also die radikal-sozialistische Partei ist. Aber selbst wenn sich bei ihr noch einiges parlamentarisches „Schwemmbolz“ anfindet, so wird im wesentlichen kaum noch etwas an der allgemeinen Konstellation geändert. Und ebenso wäre es, vom deutschen Standpunkt aus gesehen, eine Vogel-Strauß-Politik, wenn wir nicht erkennen und bekennen wollen, daß in jenem „Hell-Dunkel“ der seitherigen Erklärungen Herrlots über das Verhältnis zu Deutschland, die Revisionfrage usw. das „Dunkel“ ständig zugunommen hat. In der Abrüstungsfrage sieht es damit nicht viel anders aus.

Dem in seinem jüngsten Interview hat er über diesen zweiten Punkt erklärt, er werde die französischen Rüstungen vervollkommen und modernisieren, bis „solche internationale Garantien gegeben“ seien. Und in seinen Ausführungen über das Reparationsproblem ist immer nur die Rede von den „unveräußerlichen Rechten Frankreichs aus den Verträgen“. Dieses Wort ist uns nicht ganz unbekannt; es stammt von — Poincaré! Wenn Herrlot dann weiter sagt, er „betrachte somit die Anerkennung der Ansprüche und Forderungen Frankreichs als eine absolute Notwendigkeit“, dann läßt damit ein Abgrund auf, — oder vielmehr: er wird unverhüllt sichtbar —, über den eine Konferenzbrücke zu schlagen unmöglich zu sein scheint. Gleich dreimal unterstreicht er die „Notwendigkeit“, erst einmal diese Ansprüche anerkannt zu sehen, ehe man überhaupt an eine Diskussion herantreten könne. Und lehnt dann noch mit besonders scharfem Wort jede Möglichkeit ab, etwa umgekehrt zu verfahren; diese Schärfe richtet sich übrigens ausdrücklich gegen Deutschland.

Herrlot hat damit die Ablehnung des Revisionsgedankens ausgesprochen, und wir Deutsche sollten uns nicht darüber hinwegtäuschen versuchen, daß diese scharfen, präzisen Worte nur eine „tattische“ Haltung sind, die drei Wochen vor der Lausanner Konferenz darzustellen sollten. Selbst ein halbes Entgegenkommen Herrlots, Deutschland solle für seine ständige Behauptung, viel mehr an Reparationen bezahlt zu haben, als es schulde, die betreffenden Zahlen als Beweise doch den Sachverständigen vorlegen, wird so stark wieder aufgehoben durch ein Abschneiden Herrlots: Wieso habe denn Deutschland den Young-Plan „aus freien Stücken unterzeichnet“, wenn es nicht selbst an die Wahrheit der noch ausstehenden und der festgelegten Zahlungsverpflichtungen glaube?

Aber diese „Freiheit“ der deutschen Unterschrift ließe sich ungefähr ebensoviel sagen wie über jene andere „Freiheit“, in der Deutschland den Dawes-Plan unterzeichnete. Damals stand Herrlot als Ministerpräsident an Frankreichs Spitze und seine Truppen standen — im Ruhrgebiet. Es hat es trotz des Dawes-Vertrages erzwungen, daß sie dort noch ein Jahr länger stehenblieben!

Sindenburgs Rückkehr nach Berlin.

Staatssekretär Reichner begab sich nach Reuded, am dem Reichspräsidenten einen Vorbericht über den Stand der Arbeiten des Reichskabinetts zu erhalten. Reichspräsident v. Hindenburg wird am Sonnabend bzw. Sonntag wieder nach Berlin zurückkehren.

Ernsteste Lage des sächs. Arbeitsmarktes

Unverständliche Haltung der Reichsregierung.

Vor zwei Jahren wurden auf der großen Chemnitzer Kundgebung der sächsischen Industrie dem Reichsminister Brüning, der persönlich anwesend war, die wirtschaftlichen Nöte Sachsens geschildert. Seitdem sind immer und immer wieder sächsische Delegationen nach Berlin gelangt, Abordnungen der sächsischen Wirtschaft bei der Reichsregierung vorstellig geworden. In voriger Woche erst wollte Ministerpräsident Schiele in Berlin, um dem Reichsminister zum Sousovielen Male die die Not aller deutschen Länder weit überragende sächsische Wirtschaftskatastrophe klar zu machen. Trotz alledem hat die Reichsregierung bis jetzt nicht das geringste unternommen, um dem Daniederliegen der sächsischen Wirtschaft auch nur um ein Weniges zu steuern. Wie eine surstbare Quittung auf diese gescheiterte Unterlassung wird der Bericht des sächsischen Landesarbeitsamtes über die Entwicklung der sächsischen Erwerbslosenkurve, der in außerordentlich ernsten Worten — wenn auch wahrscheinlich wieder vergeblich — an eine Reichshilfe für Sachsen appelliert. Der Bericht lautet:

Seit dem Höhepunkt der winterrischen Arbeitslosigkeit in Sachsen, der mit 725 396 Arbeitssuchenden auf den 15. März fiel, ist die Arbeitssuchendenkurve bis zum 15. Mai d. J. nur um 14 670 oder 2 Prozent zurückgegangen. Dies ist

eine Tatsache, die in Anbetracht der für den Arbeitsmarkt sonst günstigen Jahreszeit nicht ernst genug genommen werden kann.

besonders wenn man bedenkt, daß lediglich durch die Beseitigung der Aukenderuse eine Abnahme der Arbeitslosigkeit erfolgt ist, und daß auf der anderen Seite die Konjunktur- und Strukturbedingte Arbeitslosigkeit, die sich vorwiegend auf dem weiblichen Arbeitsmarkt äußert, unvermindert anwächst.

Während die männliche Arbeitssuchendenkurve seit dem Höhepunkte von 533 179 bis zum 15. Mai auf 513 667, also um 19 512, zurückging, stieg die Zahl der weiblichen Arbeitssuchenden im gleichen Zeitraum von 192 217 auf 197 059. Auch während der Berichtszeit vom 1. bis zum 15. Mai 1932 zeigt sich das gleiche Bild der fallenden männlichen und der steigenden weiblichen Arbeitssuchendenkurve, ein Zeichen, daß

die konjunkturell ungünstigen Einflüsse der Weltwirtschaft der Absatz-

länder, der Devisennot, des Rückganges der Inlandsaufträge, die besonders die Textilindustrie beeinträchtigen, noch unvermindert stark wirksam sind. Die Verminderung der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge ist ebenfalls geringer als in den Vorwochen. Sie vollzog sich in der Zeit vom 30. April bis 15. Mai 1932 in der Arbeitslosenversicherung von 147 144 auf 144 404 Hauptunterstützungsempfänger und in der Krisenfürsorge von 176 321 auf 174 359. Die Abnahme betrug also nur 1,9 Prozent bzw. 1,1 Prozent.

Der sächsische Arbeitsmarkt liegt so stark daneben und ist durch verschleierte umfangreiche Stilllegungen in der Metall- und Textilindustrie auch in Zukunft so schwer bedroht, daß von allen Seiten auf eine großzügige Reichshilfe, sei es durch Arbeitsbeschaffung, sei es durch finanzielle Zuschüsse, hingewirkt werden muß.

Die erschütternde Sprache der Zahlen und der Hinweis auf den Ernst der Lage in diesem Bericht des Landesarbeitsamtes dürften, vorausgesetzt, daß er in Berlin überhaupt beachtet wird, ihren Eindruck auf die Reichsregierung nicht verfehlen können. Wie stark die Erregung in Sachsen über das mangelnde Interesse des Reiches für die sächsische Katastrophe ist, erzieht man daraus, daß selbst ein linksbürgerliches Blatt wie die „Dresdner Neuesten Nachrichten“, das bisher rückhaltlos hinter der Regierung Brüning stand, angesichts des vorliegenden Berichtes eine überaus scharfe Sprache findet, indem es schreibt:

Es ist angesichts dieser Situation völlig unverständlich, wie man in Berlin an eine neue steuerliche Belastung denken kann, die sich lediglich in einer abermaligen Verringering der Kaufkraft und damit in einer Verschärfung der Krise äußern muß. Die Ideenlosigkeit der Berliner Finanz- und Wirtschaftspolitik ist erschreckend. Seit zwei Jahren stopft man immer wieder nur entsetzliche Löcher mit neuen Abgaben zu und wartet auf das Wunder eines baldigen Endes der Weltwirtschaftskrise. Die Reichsregierung hat mehrfach darauf hingewiesen, daß eine Erhöhung der Steuerlasten überhaupt nicht denkbar sei. Statt der Entlastung kamen immer nur neue Belastungen. Unter diesen Umständen muß das Vertrauen zu Regierungsworten und Regierungsversprechungen völlig dahin-schwinden.

Die deutsche Verfassung in schwerer Gefahr?

Mißeraten des Auslandes über Deutschlands Zukunft.

Wer mitten im Gefecht steht, hat keinen Überblick über die allgemeine Gesamtlage. Der Außenstehende und Unbeteiligte kann sie klarer sehen und, wenn er wirklich nicht persönlich interessiert ist, auch richtiger beurteilen. Deshalb ist ein Blick in ausländische Zeitungen interessant und ihre Beurteilung der innenpolitischen Lage oft aufschlußreich. Nur darf man dabei nicht vergessen, daß die Interessen des Auslandes heute so eng mit der deutschen innenpolitischen Entwicklung verknüpft sind, daß der Blick auch des außenstehenden Beobachters nicht ganz ungetrübt ist. Mit dieser Einschränkung muß man an die Beurteilung ausländischer Stimmen über Deutschland gehen. Nicht was das Ausland im einzelnen für Deutschlands politische Zukunft voraussagt, ist hierbei das beachtliche, sondern in welcher Richtung es das deutsche Staatsgeschick gesteuert, oder vielleicht treiben sieht.

In England, für dessen parlamentarische Eigenheit die deutschen parteipolitischen Zwistigkeiten völlig unverständlich sind, zeigt sich für die innenpolitische Entwicklung Deutschlands ein besonders reges Interesse. So beschäftigt sich die „Daily Mail“ unter der fetten Überschrift „Die deutsche Verfassung in schwerer Gefahr“ in großer Aufmachung mit der preussischen Kabinettskrise. Das Unvermögen des preussischen Landtags, einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen, sei ein Wahrzeichen der Krankheit, die das Leben von Deutschland vergiftet: der Mangel an Einigkeit. Die Dinge seien so weit gediehen, daß man sich fragen müsse, ob in Deutschland eine Revolution oder Diktatur bevorstehe. Die Frage sei nicht mehr die, ob Dr. Brüning in Gefahr sei, sondern ob die gegenwärtige Regierungsform überhaupt noch aufrechterhalten werden könne. Es sei außerordentlich, daß eine Zusammenarbeit der politischen Parteien nicht zustandegebracht werden könne in einem Augenblick, wo die ganze deutsche Nation voller Hoffnung für den Triumph ihrer Außenpolitik sei. — Ein Mitglied der Zentrumspartei äußerte sich dem Berliner Berichterstatter bez

„Daily Mail“ gegenüber dahin, daß die Nationalsozialisten möglicherweise alles tun würden, eine Auflösung des preussischen Landtags herbeizuführen, in der Hoffnung, bei Neuwahlen die Mehrheit zu erhalten. Moskau erlaube zur Zeit den Kommunisten nicht, den Nationalsozialisten zu helfen, aber Moskau könne seine Ansichten ändern, wenn es denke, daß ein günstiger Augenblick für die deutschen Kommunisten gekommen sei, ihre Zahl im Parlament zu vergrößern. „Daily Mail“ meint hierzu, daß unter solchen Umständen eine Koalition zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum natürlich schwer durchzuführen wäre. Die Lösung der gegenwärtigen Krise werde möglicherweise eine Diktatur oder ein Dreimännerrat sein. Dann könne der neue preussische Landtag und der Reichstag über Vordringen. Brüning selbst habe durch seine Notverordnungs-politik den Weg zu einer Diktatur vorbereitet. Schleicher und Hitler würden den Apparat für eine diktatorische Regierung bereit und in bester Ordnung vorfinden. Die liberale „News Chronicle“ betrachtet demgegenüber die politische Lage in Deutschland als ruhig und spricht von einem innenpolitischen Waffenstillstand bis nach der Lausanner Konferenz. Hitler habe seine Hoffnung, Kanzler zu werden, scheinbar zurückgestellt und wolle Brüning noch eine Salgenfrist bis Ende Juni gewähren.

Der Reichsaussenminister berichtet.

Brüning vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat unter Vorsitz des Abgeordneten Dr. Frid (Nat.-Soz.) zu der schon seit längerer Zeit geplanten Sitzung zusammen, an der auch Staatssekretär von Bülow, Reichsverkehrsminister Treviranus, sowie zahlreiche Mitglieder des Reichsrats teilnahmen. Reichsaussenminister Dr. Brüning nahm gleich nach Eröffnung der Sitzung das Wort zu einem eingehenden Bericht über alle schwebenden außenpolitischen Fragen, so besonders über die Genfer Verhandlungen, Tribune und Schulden, Abrüstung, die Donaufrage, Remei und Danzig. Die Beratungen waren vertraulich.